

USA und Europa brauchen eine globale Strategie

50 Jahre nach Kennedys Rede braucht die transatlantische Partnerschaft einen Neustart. Nur gemeinsam verfügen Europa und die USA über ökonomisches Gewicht und politische Autorität. Von Klaus F. Zimmermann

Vor 50 Jahren, am 4. Juli 1962, entwickelte US-Präsident John F. Kennedy in der Hall of Independence in Philadelphia eine kühne Vision: Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika sollten für immer eng in einer "transatlantischen Partnerschaft der Gleichen" miteinander verbunden werden. Kennedy dachte dabei nicht nur an eine politische und militärstrategische Allianz, sondern ausdrücklich auch an eine wirtschaftliche, so wie es Artikel 2 des Nordatlantikvertrages betont.

Seitdem ist diese große Idee bis hin zum Konzept eines "transatlantischen Binnenmarktes" immer wieder variiert worden. 2007 wurde gar der Transatlantische Wirtschaftsrat gegründet, um die ökonomische Integration voranzutreiben. Doch 50 Jahre nach jener Declaration of Interdependence, für die Kennedy bewusst die Symbolwirkung des amerikanischen Unabhängigkeitstages gewählt hatte, fällt die Bilanz zwiespältig aus.

Bilaterale Handels- und Investitionsbeziehungen

Einerseits sind die USA und Europa weiter Eckpfeiler der globalen Wirtschaft: Der transatlantische Wirtschaftsraum generiert ein Handelsvolumen in Höhe von fünf Billionen Dollar pro Jahr. Die USA und Europa unterhalten somit die weltweit größten bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen.

Diese machen rund ein Drittel des Welthandels mit Waren und rund 40 Prozent des globalen Dienstleistungsvolumens aus. Rund sieben Millionen Beschäftigte sind in den USA heute bei europäischen Firmen beschäftigt. Etwa sechs Millionen Europäer verdanken ihren Arbeitsplatz einem US-Investor.

Auch gab und gibt es Fortschritte beim komplizierten Bemühen, bestehende Schranken abzubauen. Doch bis zur versprochenen Verwirklichung eines barrierefreien transatlantischen Wirtschaftsraumes, der einmal bis zum Jahre 2015 anvisiert wurde, ist es noch ein sehr weiter Weg. Ein großes gemeinsames Wachstums- und Beschäftigungspotenzial bleibt damit vorerst ungenutzt.

Unterschiedliche Auffassungen

Aber manche Gegensätze haben sich eher verschärft, wie die unterschiedlichen Auffassungen zur Regulierung der Finanzmärkte oder zur Rolle der Notenbanken bei

der aktuellen Krisenbewältigung. Nicht zuletzt gibt es große Differenzen in der Klima- und Energiepolitik.

Zudem sind im laufenden US-Wahlkampf teilweise äußerst aggressive Stimmen zu hören, die Europa zum Sündenbock für die eigenen Wirtschaftsprobleme machen wollen. Nicht wenige in Washington setzen auf eine globale Machtverschiebung nach dem Motto: Weg vom Atlantik, hin zum Pazifik.

Weltwirtschaft braucht verlässlichen Anker

Eine wachsende Diskrepanz zwischen den USA und Europa wäre jedoch die falsche Antwort auf die globalen Herausforderungen. Gerade die labile, verflochtene Weltwirtschaft braucht einen verlässlichen Anker. Nur mit einer gemeinsamen Strategie können Europa und Amerika wieder zur globalen Wachstumslokomotive werden. Erst recht kann der Aufbau einer neuen Weltwirtschaftsordnung nur im engen Schulterschluss der beiden westlichen Bündnispartner gelingen.

Dies insbesondere, nachdem das Bemühen um die Schaffung eines durchgreifenden liberalen Welthandelsabkommens vor dem Scheitern steht. Da ist es naheliegend, jetzt zumindest ein umfassendes Freihandelsabkommen der EU mit den USA zügig zu verwirklichen; es könnte das Bruttoinlandsprodukt auf beiden Seiten des Atlantiks um bis zu drei Prozent befeuern – wäre also ein nachhaltiges Wachstumsprogramm.

Globale Strategie gegen Staatsverschuldung

Auch weitere Verständigungen sind möglich, wenn man übereinstimmende Interessen in den Vordergrund stellt. Dies gilt sogar bei der heiklen Währungspolitik. Die 1913 errichtete Federal Reserve mit ihrem Doppelmandat, Preisstabilität und auch größtmögliche Beschäftigung zu sichern, hat zwar eine andere Tradition als die Europäische Zentralbank, die bei ihrer Gründung 1998 zu Recht stark vom deutschen Pochen auf Geldwertstabilität geprägt war. Angesichts der neuen Krisen definieren beide aber ihre Rollen pragmatischer.

Dass wir eine globale Strategie gegen die Staatsverschuldung brauchen, wird auch in den USA spätestens nach den Wahlen im November niemand mehr bestreiten, gleich wie der künftige Präsident heißen wird. Während 500 Millionen Europäer ein Schuldenberg von acht Billionen Euro drückt, müssen die 350 Millionen Amerikaner eine Schuldenlast von fast 15 Billionen Euro abtragen. Da verbietet sich jedes weitere Schönreden, und es ist gut, dass sich zumindest Teile Europas mit der Einführung der "Schuldenbremse" problembewusst zeigen.

Die USA wären gut beraten, sich diese Idee zu Herzen zu nehmen. Fiskaldisziplin muss Teil der transatlantischen Abmachungen werden. Die Aufforderungen, die Ausgabendisziplin nicht zu übertreiben und die Binnennachfrage auf Kosten des Exports zu stärken, führen nicht weiter.

Nur als gemeinsam handelnde Akteure stark

Umgekehrt sollte sich Europa an den USA ein Beispiel nehmen und lernen, dass leistungsfähige, offene, flexible Arbeitsmärkte der wichtigste Antrieb für mehr Wachstum sind. Da ist in Europa noch sehr viel zu tun. Nicht zuletzt ihrer erfolgreichen Einwanderungspolitik und kulturellen Offenheit verdanken die USA ihren wirtschaftlichen Aufstieg.

Europa wirkt eher wie eine "Festung". Auch sind die USA weltweiter Innovationstreiber, während nicht wenige Europäer zu sehr auf ihr durch demografische Veränderungen fragil gewordenen "Sozialmodell" vertrauen. Offene transatlantische Arbeitsmärkte und Innovationspartnerschaften sind angesagt.

Auch wenn die USA und Europa derzeit den Eindruck eines Paares erwecken, das nach jahrzehntelanger Ehe den Reiz neuer Flirtmöglichkeiten entdeckt: Nur als gemeinsam handelnde Akteure verfügen sie in Zukunft über das notwendige ökonomische Gewicht und die politische Autorität, die Weltwirtschaft zukunftsfest zu machen. Dies erkennend, sagte unlängst der US-Botschafter Philip D. Murphy im Zusammenhang mit der Klima- und Energiepolitik: "Für den globalen Erfolg sind starke Führung und ein visionäres Herangehen grundlegend – die Kraft dafür kann nur von diesen beiden Partnern kommen!"

Transatlantischer Binnenmarkt als Zukunftsprojekt

Deshalb: Spätestens nach den Wahlen in den USA muss die Idee John F. Kennedys wieder ganz oben auf die Agenda. Europa und Amerika müssen zu einer ökonomischen Verantwortungsgemeinschaft zusammenwachsen, die der globalen Welt Orientierung liefert.

Ein gemeinsamer transatlantischer Binnenmarkt ist ihr Zukunftsprojekt. Es gibt kaum andere Weltregionen mit so vielen gemeinsamen Interessen wie Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika.

Der Autor ist Direktor des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn und berät u. a. die Europäische Kommission und die Weltbank.